



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 128. Ratssitzung vom 15. Januar 2025

4194. 2024/96

**Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 06.03.2024:
Finanzielle Unterstützung der LGBTIQ-Helpline**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2928/2024): Gewalt an queeren Menschen ist leider noch Alltag. Es geht um Ausgrenzung, Abwertungen, Beschimpfungen, Belästigungen und physische Gewalt. Anlaufstellen gibt es nicht genügend und die Fragestellungen und Bedürfnisse sind oft vielfältig und teilweise komplex. So haben beispielsweise die Eltern eines schwulen Sohns, der in der Schule gemobbt wird, andere Fragen als eine 60-jährige Transfrau, die seit ihrem Outing an der Arbeitsstelle schikaniert wird; oder ein intergeschlechtlicher Jugendlicher, den medizinische Fragestellungen beschäftigen, oder ein lesbisches Paar, das im Tram belästigt wurde. Die LGBTIQ-Helpline leistet wichtige Arbeit zur Unterstützung der LGBTIQ-Community. Sie ist für die Fragen der Community und für Angehörige da. Zudem können sich alle Menschen, die Fragen zum Thema Queerness haben, melden. Dazu gehören beispielsweise auch Arbeitgeberinnen. Weiter ist die Helpline die nationale Meldestelle für LGBTIQ-feindliche Gewalt. Sie arbeitet als Peer-to-Peer-Beratungsstelle und ist mit Chatfunktion und Telefon von Montag bis Freitag von 19.00 bis 21.00 Uhr aktiv. Ratsuchende können sich zudem per E-Mail melden und erhalten innerhalb von 72 Stunden eine Rückmeldung. Die Berater*innen sind selbst Teil der queeren Community, werden geschult und regelmässig weitergebildet. Alle Berater*innen arbeiten ehrenamtlich. Die Projektleitung und finanzielle Verantwortung liegen bei Pink Cross. Im Jahr 2022 hat die Helpline 134 LGBTIQ-feindliche Angriffe und Diskriminierungen erfasst – davon 44 im Kanton Zürich. Im Jahr 2023 waren es 305 Meldungen sowie 486 Beratungen. 20 Prozent der Ratsuchenden wohnten in Zürich. Im Jahr 2024 wurden bis Ende November bereits 700 Beratungen durchgeführt. Von den Personen, bei denen der Wohnort bekannt ist, kommt ein Drittel aus dem Raum Zürich. Das Dunkelfeld ist aber um einiges höher, wie die Zahlen des Meldetools «Zürich schaut hin» zeigen. Seit Beginn des städtischen Meldetools im Mai 2021 wurden 239 Fälle gegen trans und nicht-binäre Personen sowie 578 Vorfälle aufgrund der sexuellen Orientierung verzeichnet. Das Crime Survey 2022 zeichnet ein noch krasser Bild. Heruntergerechnet auf die Wohnbevölkerung gibt es jedes Jahr mehr als 40 Tötlichkeiten gegen und insgesamt rund 1000 Übergriffe auf*



LGBTQ-Personen. Die Zentrumsfunktion, die die Stadt Zürich hat, ist in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. Das zeigt, dass queerfeindliche Gewalt leider immer noch weit verbreitet ist – auch in der Stadt Zürich. Das Meldetool «Zürich schaut hin» verweist die Meldenden für eine psychosoziale Beratung an die Allianzpartnerin LGBTIQ-Helpline. Eine Zusammenarbeit findet also bereits statt. Die Wichtigkeit wird durch die hohe Nachfrage in der Stadt Zürich bestätigt. Die LGBTIQ-Helpline bietet eine niederschwellige und ortsunabhängige Erreichbarkeit sowie – wenn gewünscht – Anonymität. Sie schliesst eine Lücke zwischen den Ratsuchenden und Angeboten wie der Opferhilfe oder HAZ Queer Zürich, die in einem zweiten Schritt unterstützen können. Obwohl die Helpline sehr wichtige Arbeit leistet, erhält sie aktuell keine staatlichen Gelder. Der Bund zeigt sich nicht zuständig und der Kanton sieht keinen Handlungsbedarf. Das zeigt sich in Interpellationen, die kürzlich beantwortet wurden. Die Stadt Zürich hat für queere Personen eine Zentrumsfunktion und braucht ein solches Angebot, wenn sie sich als offen und LGBTIQ-freundlich zeigen will. «Zürich schaut hin», zeigt deutlich auf, dass Massnahmen ergriffen werden müssen. Die Helpline schliesst Lücken, weil sie für alle Zürcher*innen zur Verfügung steht, weil sie gesichert und LGBTIQ-freundlich ist und direkte Unterstützung bietet. Zusätzlich ist sie gut mit Fachorganisationen vernetzt. Eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Zürich würde mehr Ratsuchenden einen niederschweligen Zugang ermöglichen, indem das Angebot bekannter gemacht und das Beratungsteam ausgebaut werden kann. Ich wünschte, dass es ein solches Angebot nicht braucht. Aber die Zahlen, Erfahrungen und Lebensrealitäten queerer Menschen zeigen leider, dass es wichtig ist und finanzielle Unterstützung braucht, um ausgebaut werden zu können.

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. März 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Im Postulat wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie man LGBT finanziell durch die Stadt Zürich unterstützen kann. Das verstehe ich nicht. Es wird erwähnt, wie gut die Helpline ohne staatliche Unterstützung funktioniert. Der LGBT-Verein konnte sich bis zum heutigen Tag selbst über Wasser halten. Die Beratungsstellen wurden ausgebaut. Deshalb bin ich überzeugt, dass weiteren Projekten nichts im Weg steht und Dienstleistungen selber getragen werden können, wenn der Verein auf Sponsoren zugeht. Wir sehen keinen Bedarf, weil der Verein selbsttragend ist. Mit Steuergeldern sollten Projekte unterstützt werden, die wichtiger sind und ohne staatliche Unterstützung nicht überleben können. Den Quartiervereinen wird alles gestrichen oder es werden horrenden Auflagen gefordert. Dort sollte man ansetzen. Wir lehnen das Postulat nicht ab, weil es LGBT ist, sondern weil es gut läuft.

Weitere Wortmeldungen:

Marita Verbali (FDP): Das Bedürfnis für eine LGBTIQ-Helpline steht ausser Frage. Es gibt einen grossen Bedarf an Beratungen und die Tatsache, dass LGBTIQ-Personen regelmässig und überdurchschnittlich oft Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sind, ist leider eine traurige Realität. Es darf aber nicht passieren, dass die finanzielle Unterstützung der Stadt Zürich die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen und Freiwilligen verdrängt. Diese Menschen sind eine wichtige und grosse Stütze im Kampf gegen Diskriminierung



und queerfeindliche Gewalt und bieten wertvolle Beratungen an. Ihr Engagement darf nicht durch eine staatliche Finanzierung geschwächt werden. Die FDP sieht das Melde-tool «Zürich schaut hin» kritisch. Das Tool ist nicht zuverlässig genug, um eine Basis für fundierte Entscheidungen treffen zu können. Jeder kann anonym Meldungen erfassen. Uns wurde zugetragen, dass mehrfach und wiederholt Ereignisse erfasst wurden, die gar nie stattgefunden haben. Es braucht eine verlässliche und valide Erhebung queerfeindlicher Anfeindungen und Gewalt. Nur so können griffige und wirksame Massnahmen entwickelt werden. Die FDP unterstützt die finanzielle Beteiligung der Stadt Zürich an der LGBTIQ-Helpline. Wir fordern aber, dass die Datengrundlage verbessert wird und die Gelder sicherstellen, dass die Freiwilligenarbeit nicht gefährdet, sondern gestärkt wird.

Anna Graff (SP): *Man weiss nicht nur aufgrund wiederholter Eskapaden in diesem Rat, wie es um die Queerfeindlichkeit in der Schweiz und in der Stadt Zürich steht. Vor zwei Monaten zeigte eine Studie von gfs.bern, wie es um Gewalt und Diskriminierung von LGBTIQ-Personen in der Schweiz steht: Demnach wurde jede fünfte LGBTIQ-Person in den letzten zwölf Monaten in Cafés, Bars und Clubs, im Gesundheitswesen oder im Job diskriminiert. Was noch bedrückender ist: Die Hälfte der Befragten wurde mindestens einmal verbal angegriffen und ein Viertel meldete in den letzten fünf Jahren körperliche oder sexuelle Übergriffe. Damit ist die Betroffenheit in der Schweiz erschreckend hoch und höher als in der EU. Gleichzeitig zeigt die Studie, dass viele queerfeindliche Haltungen in der Schweizer Gesellschaft verbreitet sind, wovon insbesondere trans und non-binäre Personen betroffen sind. Diese Situation ist unwürdig und zeigt, dass es noch viel Einsatz braucht, um Gewalt und Diskriminierung gegen LGBTIQ-Personen zu verhindern und Betroffene zu unterstützen. Für letzteres ist die LGBTIQ-Helpline ein fundamental wichtiges Angebot, weil sie eine Peer-to-Peer-Anlaufstelle ist, die niederschwellig Rat und Unterstützung bietet. Als vertrauensvolle Alternative, um über erlebte Gewalt zu sprechen und Hilfe zu bekommen, hat sie eine Schlüsselfunktion; gerade wenn queere Personen den Gang zur Polizei scheuen, sei es aus Angst vor Diskriminierung oder aufgrund negativer Erfahrungen. Die SP findet es wichtig, dass die Lücke, die die Helpline schliesst, nachhaltig geschlossen bleiben kann. Es braucht finanzielle Unterstützung, um das Beratungsteam auszubauen und das Angebot bekannter zu machen. Es braucht eine würdige Grundlage für die Menschen, die dieser wichtigen Aufgabe nachgehen. Im Moment wird das ehrenamtlich gemacht. Es braucht eine finanzielle Unterstützung. Man kann den Leuten nicht einfach Lorbeeren verteilen, dass sie eine wichtige Arbeit machen.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Das Bedürfnis nach der LGBTIQ-Helpline ist aus unserer Sicht unbestritten. Wir begrüssen, dass das Angebot von privaten Vereinen ehrenamtlich aufgebaut wurde und sich Pink Cross und andere Verbände, die das Bedürfnis erkannt haben, zusammenschlossen. Es gibt immer mehr solcher Anfragen und es braucht finanzielle Unterstützung. Sie ist absolut sinnvoll. Wir sind überzeugt, dass deswegen nicht alle Ehrenamtlichen wegfallen, sondern sie die Arbeit mit viel Elan weiterführen werden.*



4 / 4

Das Postulat wird mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat